



Generalsekretariat:
Dr. Karl-Renner-Promenade 8/3
3100 St. Pölten
Tel.: (02742) 77 304
office@familienbund.at
www.familienbund.at

BMJ -Team Z (Teamassistentin Sektion I)
z.H. Dr. Caroline Mokrejs-Weinhappel
Museumstraße 7
1070 Wien

Ergeht per mail an:

team.z@bmj.gv.at
begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

Geschäftszahl:2020.0.479.295

St. Pölten, 15. Oktober 2020

Stellungnahme

des Österreichischen Familienbundes zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem zivilrechtliche und zivilprozessuale Maßnahmen zur Bekämpfung von Hass im Netz getroffen werden (Hass-im-Netz-Bekämpfungsgesetz –HiNBG)

Der Österreichische Familienbund begrüßt die geplante Änderung des Bundesgesetzes, das die strafrechtlichen Maßnahmen zur Bekämpfung von Hass im Netz effizienter machen soll.

Die gesetzliche Befreiung der Privatankläger von der Kostenersatzpflicht für die Verfahrenskosten der Strafverfolgung wegen übler Nachrede und Beleidigung halten wir für sehr wichtig, um diese Hemmschwelle bei berechtigten Anzeigen zu senken.

Eine Information, dass im Falle eines Freispruches des Beklagten seine Verteidigungskosten zu ersetzen sind, zeigt dass ein Restrisiko bleibt. Wichtig ist uns aber auch der geplante Ausbau des Opferschutzes durch die Erweiterung des Personenkreises der Anspruch auf die psychosoziale und juristische Prozessbegleitung hat.

Weiters ist uns die Durchsetzung einer umgehenden Löschung des diskriminierenden Inhaltes ein großes Anliegen und wir hoffen dass einer gerichtlichen Aufforderung von den sozialen Medien und sonstigen Diensteanbietern eher Folge geleistet wird als wenn diese von den Betroffenen kommt.

Mit der Bitte um Kenntnisnahme und
mit freundlichen Grüßen

Mag. Alexandra Lugert
für den Österreichischen Familienbund